

Deutscher Freidenker-Verband

Rundbrief

des Landesverbandes Nord e.V.

32. Jahrgang

1/2021



Von der VVN-BdA veranstaltete Gedenkundgebung zum 78. Jahrestag der Ermordung der Mitglieder der „Weißen Rose“ am 27. Februar 2021 in Hamburg-Volksdorf. Rednerin war Heike von Borstel.

Foto: Jan-Timo Schaub

AUS DEM INHALT

VERBANDSARBEIT – RELIGION UND KIRCHENKRITIK

- Aus dem Landesverband Nord
- Geburtstagsgrüße

AUS DEN REGIONEN NORDDEUTSCHLANDS

- Gedenken an die Weiße Rose
- Keine Nazi-Ehrung in Bergedorf

POLITIK UND KULTUR

- Ostermarsch 2021
- Meine Meinung
- Syrien –Sanktionen töten
- Roosje, die Tänzerin von Auschwitz

AUS ANDEREN VERBÄNDEN

Verbandsarbeit, Religion und Kirchenkritik

Aus dem Landesverband Nord

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des DFV-Nord,

der Lockdown hält noch immer an und hinderte nicht nur uns, Vorträge und Seminare zu veranstalten oder zu besuchen. Unsere Vorstandssitzung am 13. Februar hielten wir deshalb mit ZOOM ab, was noch nicht perfekt, aber insgesamt gesehen doch recht gut funktionierte. Deshalb haben wir unter anderem beschlossen, virtuelle Stammtische für die Mitglieder jeweils um 19 Uhr am ersten Freitag eines Monats einzurichten, beginnend am 2. April, (weitere Termine sind der 8. Mai und 4. Juni).

Anmeldung unter: stammtisch@dfv-nord.de

Außerdem wollen wir in Zukunft die Seminare unserer befreundeten Organisation Akdiamat, die regelmäßig ZOOM-Veranstaltungen über dialektisch-historischen Materialismus durchführt, auf unserer Homepage ankündigen (<https://dfv-nord.de>).

Auf unserer nächsten Vorstandssitzung am 12. Juni wol-

len wir dann klären, ob ein Wochenendseminar im Oktober in Heideruh wieder möglich erscheint. Heideruh hat wieder geöffnet und bietet ein vorläufiges Programm an. Es hat bei weitem nicht den Umfang wie in den vergangenen Jahren, aber es wird zu gegebener Zeit erweitert und ergänzt, schreibt die Redaktion und bittet, immer wieder auf die Webseite zu gucken: <https://www.heideruh.de/katalog-2021/>

In diesem Jahr haben wir erstmalig auch den Bremer Ostermarschaufruf unterzeichnet. Wir drucken ihn ab und weisen auch auf die Daten des Hamburger und Kieler Ostermarschs hin. Es wird immer dringlicher, die Friedensbewegung zu stärken und unserer Regierung zu vermitteln, dass Übernahme von mehr Verantwortung in der Welt für Deutschland nur bedeuten kann, ohne jedes Wenn und Aber für die Einhaltung des Völkerrechts und den Frieden einzutreten!

Toni Brinkmann

Sonja Barthel wird 104

Am 17. April vollendet unsere Genossin Sonja Barthel in Lüneburg ihr 104. Lebensjahr.

Sonja kommt aus einem durch und durch politischen Elternhaus. Ihre Eltern lernten sich 1913 bei einem Seminar kennen, bei dem Grundlagen des Marxismus vermittelt wurden. Sonja wuchs mit ihrer älteren Schwester Helga, die später Häftling des KZ Ravensbrück war, in Berlin auf. Das Abitur wurde ihr verweigert. Kurz zuvor waren die Nürnberger Rassegesetze in Kraft getreten. Sie erlernte in einer Privatschule, die auf die Vorlage des Ariernachweises verzichtete, den Beruf einer Diätköchin. Da Sonja blond und blauäugig, nicht wie eine Jüdin aussah, konnte sie mit Hilfe und Unterstützung ihr wohlgesonnener Menschen die Nazizeit relativ unbeschadet überstehen. Nach der Befreiung vom Faschismus kam Sonja zum Studium an das Lehrerseminar in Lüneburg und wurde Lehrerin, qualifizierte sich später zur Sonderschullehrerin. Sie wurde Mitglied der SPD. Deren Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der VVN ignorierte sie. Die örtliche Sozialdemokratie versuchte auch nicht, diesen Beschluss durchzusetzen. Sonja wurde sogar zur Kandidatin für den Rat der Stadt. Sie wurde gewählt und gehörte über mehrere Jahre diesem kommunalpolitischen Gremium an. Ende der neunziger Jahre des vorherigen Jahrhunderts trat sie aus Protest aus der SPD aus. Ihre politischen Aktivitäten entwickelte sie vor allem in der VVN, als Zeitzeugin in Schulen, in der Geschichtswerkstatt und in der GEW. Inzwischen muss Sonja mit ihren Kräften haushalten. Die Beschwerden des Alters hindern sie daran, weiterhin in dem Rahmen politisch aktiv zu sein, den sie sich wünschen würde.

Cornelius Kaal

Aus den Regionen Norddeutschlands

Hamburg

Gedenken an die Weiße Rose



Foto: Jan-Timo Schaub

Jedes Jahr am letzten Samstag im Februar lädt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Hamburg am Gedenkstein in Volksdorf zu einer Kundgebung zum Jahrestag der Ermordung der Mitglieder der „Weißen Rose“ ein. Heike von Borstel hielt eine beeindruckende Rede. Sie erinnerte an die grausame Hinrichtung der jungen Widerstandskämpferin Sophie Scholl, ihres Bruders Hans Scholl und ihres gemeinsamen Freundes Christoph Probst am 22. Februar 1943 in München. Auch in Hamburg trafen sich Menschen, die Flugblätter auch hier lasen, abtippeten und verbreiteten. Die Gruppe wurde verraten und viele von ihnen wurden auf grausamste Weise von der Gestapo gequält und ermordet. Nach dem Krieg nannte man sie den „Hamburger Zweig der Weißen Rose“, weil es vielfältige Verbindungen zu der Weißen Rose gab.

Heike von Borstel sagte: „Lesen Sie diese Flugblätter und Sie werden verstehen, wie viel Mut es brauchte, sie herzustellen und zu verbreiten zu einer Zeit, in der Menschen, die Kritik am Regime übten, dies immer unter Einsatz ihres Lebens taten und viele, viele mit ihrem Leben bezahlen mussten.“

Und darum finden wir – und ich glaube, ich spreche hier im Namen aller Anwesenden – es unerträglich und kaum auszuhalten, wenn sich heute Menschen hinstellen und sich in ihrem Kampf gegen die Coronaregeln mit Anne Frank oder Sophie Scholl vergleichen oder wie die AfD behaupten, Sophie Scholl hätte sie heute gewählt.

Wenn ihr wie sie wäret, dann wäret ihr jetzt tot. In oftmals endlosen grausamen Folterverhören in die Verzweif-

lung getrieben, in kurzen Prozessen von alles vernichtenden Nazirichtern zum Tode verurteilt oder völlig ohne irgendein Verfahren, getötet mit einem Fallbeil oder in Neuengamme in einer Nacht- und Nebelaktion erschossen oder gehängt worden. Nein, dazu habt ihr kein Recht.

Was für eine abscheuliche Verharmlosung des Faschismus und seiner Verbrechen!“

Heike von Borstel erinnerte auch an die Geschehnisse in Hamburg um das Stadthaus, der ehemaligen Hamburger Gestapozentrale, das Erinnerungszentrum Hannoverscher Bahnhof für die Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und viele andere Verfolgte, die zu Tausenden von diesem Bahnhof nach Auschwitz und in die anderen Vernichtungslager transportiert wurden, und die grausame Ermordung vieler Menschen in Hanau vor einem Jahr und bekräftigte: „Erinnern heißt aber auch heute Handeln gegen Unrecht, Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus. Diese Worte unserer Auschwitzüberlebenden und Ehrenpräsidentin der VVN Esther Bejarano sind eine Aufforderung an uns alle.“

Wir gedenken der ermordeten Mitglieder der Weißen Rose:

Sophie Scholl – Hans Scholl – Christoph Probst – Alexander Schmorell – Willi Graf – Professor Kurt Huber – Katharina Leipelt – Hans Leipelt – Reinhold Meyer – Elisabeth Lange – Dr. Kurt Ledien – Margaretha Rothe – Friedrich Geussenhainer – Margarete Mrosek.

Helmuth Sturmhoebel

Keine Nazi-Ehrung in Bergedorf

Eine ungehaltene Rede zum Antrag „Benennung von Straßen und öffentlichen Gebäuden“, Drucksache-Nr.: 21-0646, in der Bezirksversammlung Bergedorf am 17. Dezember 2020, da ich kein Abgeordneter bin.

Ja, ich weiß, fast alle hier im Haus finden es ganz schecklich, sich mit diesem Thema erneut auseinandersetzen zu müssen. Und sicherlich werden wir heute in den Beiträgen wieder hören, wie viel Gutes der Mann doch nach 1945 für Bergedorf, Hamburg und die ganze Welt getan habe. Darum geht es aber gar nicht.

Eine Vorbemerkung sei mir erlaubt: Es ist richtig und gut, dass in Hamburg keine neuen Straßen mehr nach Mitgliedern der NSDAP benannt werden! In den Vierlanden wurde eine Straße nach Irmgard Pietsch benannt. Dies wurde auf Antrag der Bezirksversammlung geändert, weil Irmgard Pietsch Mitglied in der NSDAP gewesen war. Die Straße heißt nun Fritz-Bringmann-Ring. Dies freut uns sehr. Fritz Bringmann (09.02.1918–30.03.2011) war ein deutscher kommunistischer Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Der ehemalige KZ-Häftling war von 1970 bis 1995 Generalsekretär der Amicale Internationale KZ Neuengamme (Internationalen Lagergemeinschaft des KZ Neuengamme) und bis zu seinem Tod ihr Ehrenpräsident.

Und nun zur Benennung des Ersatzbaues für das Lichtwarkhaus. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksversammlung am 31. März 2016 wurde den staunenden Abgeordneten das neue Körber-Haus vorgestellt und auch von einzelnen Abgeordneten der zukünftige Name sofort kritisiert. Dies blieb ohne Beachtung im Protokoll und führte zu unserem Antrag in der letzten Legislaturperiode, das Haus „Neues Lichtwarkhaus“ zu nennen. Dies wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Spät, aber nicht zu spät, wollen wir die Auseinandersetzung um den Namen für das neue Haus nun heute erneut führen.

Im Internet finden wir auf der Homepage der Behörde für Schule und Berufsbildung „Datenbank online – Die Dabeigewesenen – Von Hamburger NS-Täter/innen, Profiteuren, Denunziant/innen, Mitläufer/innen und Zuschauer/innen ... Eine Hamburg Topografie“ interessante Informationen, auch zu Kurt A. Körber. Die Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Dr. Sabine Bamberger-Stemmann schreibt dort: „Anregung zum öffentlichen Diskurs – Verbrecherische Systeme funktionieren nur dann, wenn Menschen an ihnen mitwirken, wenn Menschen sich entscheiden, dabei zu sein, nahe dran zu sein, davon zu profitieren oder gar mit zu gestalten.

Die Durchsetzung von Gewaltherrschaft benötigt Handelnde: Täterinnen und Täter; und sie benötigt Wegsehende und dadurch stumm Zustimmende oder nicht Widersprechende.“ Frau Dr. Bamberger-Stemmann weiter: „Die Landeszentrale hofft auf eine rege Nutzung der Datenbank und auf eine Bürgerdebatte über den Umgang unserer Stadt mit den Dabeigewesenen und deren Opfer.“ Wir versuchen heute diese Debatte zu führen.

Nun genügt eigentlich schon, dass Kurt A. Körber Mitglied der NSDAP war, um damit die Benennung eines neu errichteten öffentlichen Gebäudes auszuschließen. Denn was für neue Straßen gilt, sollte uneingeschränkt auch für öffentliche Ge-

bäude gelten! Es ist einfach unanständig, diesen Namen einzubringen, in Kenntnis der Mitgliedschaft von Kurt A. Körber in der NSDAP. Doch schauen wir noch einmal genauer auf die Biografie von Kurt A. Körber, insbesondere die dunklen Seiten, wie Werner Omniczynski diese genannt hat.

Kurt A. Körbers Mutter und sein Bruder Erich halfen einer jüdischen Familie. Ein Kollege von Erich denunzierte ihn, was ihm eine Haftstrafe im KZ Sachsenhausen ein-

brachte. Die Historiker Josef Schmid und Frank Bajohr berichten in ihrem Aufsatz von 2011 „Gewöhnlicher unternehmerischer Opportunismus?“ Kurt A. Körber habe seinen Bruder im KZ besucht und sei noch 1989 tief beeindruckt gewesen von den „bösen Folgen“, welche seine Mutter durch ihr Handeln verursacht habe, als sie die Hilfe für die jüdische Familie organisierte, statt stolz darauf zu sein. Weiter zitieren Schmid/Bajohr Kurt A. Körber, der anlässlich seines 80. Geburtstages sagte: „Ich wollte den Krieg gewinnen; dafür habe ich gearbeitet, Tag und Nacht.“

Gearbeitet haben in den verschiedenen Werken der „Universelle“ in Dresden schon seit Ende 1941 sogenannte „Fremdarbeiter“ aus Spanien, bald auch aus vielen anderen Ländern. Dabei sei nach Schmid/Bajohr der zunehmende Zwangscharakter der Beschäftigung unübersehbar gewesen. „Die Personalabteilung des Unternehmens meldete ab Sommer 1942 wiederholt Arbeiter als ‚flüchtig‘. Insgesamt war die Fluktuation hoch, da viele der zum Teil bereits geschwächt eingetroffenen Zwangsarbeiter krankheitsbedingt als nicht arbeitsfähig eingestuft wurden und nicht oder nur kurzzeitig in den Produktionsstätten zum Einsatz kamen.“ (Seite 96)



Ein besonderes Kapitel sind die seit September 1944 in der Produktion eingesetzten Frauen aus dem KZ Ravensbrück. Es lässt sich noch nicht belegen, ob diese von der „Universellen“ angefordert oder ihnen „zugeteilt wurden“, wie Schmid/Bajohr es schreiben. Etwa 800 Frauen mussten im Werk III der „Universelle“ in der Florastraße arbeiten und wurden in den Stockwerken über der Produktionsstätte untergebracht. Sie litten zusätzlich unter der Brutalität der SS-Außererinnen, von denen zwei nach 1945 zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. „Kurt A. Körber war am Aufbau des Werkes in der Florastraße beteiligt“, schreiben Schmid/Bajohr auf der Seite 96. Und weiter Seite 97: „Beim Luftangriff am 13. Februar 1945 wurde das Werk III weitgehend zerstört, die meisten Häftlinge kamen ums Leben.“ Die Frauen mussten im Werk bleiben, durften keinen Schutzraum aufsuchen.

Dass es möglich war, sich gegen die Behandlung der KZ-Häftlinge zu beschweren, zeigte der spätere Herausgeber der „Zeit“, Gerd Bucerius. Er war bis 1945 stellvertretender Betriebsleiter der Diago-Werke. In einem Brief an den Kommandanten des KZ Neuengamme, Max Pauly, beschwert er sich im März 1945 über den Lagerleiter Wilhelm Kliem: „Es erscheint uns auch nicht unbedenklich, dass Haupt-scharführer Kliem die seinem Lager angehöri-gen Frauen der-art schlägt, dass das Geschrei dieser Frauen von den ebenfalls in unserem Werk be-schäftigten Italienern

und von anderen Gefolgschaftsmitgliedern angehört werden kann. [...]“ Von Kurt A. Körber ist Ähnliches nicht überliefert. Es gab sogar Versuche, den Einsatz von KZ-Häftlingen zu verweigern. Marc Buggeln berichtet in seinem Buch „Arbeit & Gewalt – Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme“ über Heinrich Dräger, der es zuerst abgelehnt habe, KZ-Häftlinge zu beschäftigen, dann jedoch einlenken musste. Doch er besorgte zusätzliches Essen für die Häftlinge, die in seinem Werk Gasmasken herstellen mussten. „Die Bilanz vom Verhalten Drägers und der Drägerwerke bleibt zwiespältig. Trotzdem heben sich die Firmeneigner und die Firma damit deutlich vom



Großteil des Verhaltens der Spitzen der deutschen Wirtschaft ab, deren Verhalten nicht als zwiespältig zu beschreiben ist, sondern von gleichgültig bis feindlich reicht. Dräger leistete zwar keinen Widerstand, aber er wollte den Einsatz von KZ-Häftlingen in seinen Werken zunächst verhindern. Und als er dies nicht verhindern konnte, sprach er in einem Brief von der „Rücksicht“, welche die Firma auf die Häftlinge

zu nehmen habe, ein Wort, das dem Großteil der deutschen Wirtschaftsvertreter im Hinblick auf die KZ-Häftlinge nicht über die Lippen kam.“

Zusammenfassend müssen wir heute feststellen, dass Kurt A. Körber tief in die NS-Verbrechen verstrickt war. Er gehörte zu denen, die profitiert sowie unkritisch funktioniert haben und somit mitverantwortlich waren für unendliches Leid. Als Technischer Direktor und zuständig für den Aufbau des neuen Werks III war er sicherlich auch verantwortlich für den Personaleinsatz. Seine Mitgliedschaft in der NSDAP hat er geleugnet. Er hat nach unserem Kenntnisstand nie Bedauern über den Einsatz der Zwangsarbeiter:innen und der Frauen aus dem KZ bei der „Universellen“ geäußert. Stattdessen versuchte

er sich in ein besseres Licht zu stellen durch falsche Behauptungen. Bei der Würdigung der Gesamtpersönlichkeit erscheint uns dieser Teil seines Lebens, unabhängig davon, was er nach 1945 getan hat, so gewichtig, dass wir kein öffentliches Gebäude nach ihm benannt haben wollen.

Soweit die nicht gehaltene Rede. Im übrigen wurde der Antrag der Partei Die Linke, der von mir formuliert worden war, von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die CDU sagte laut Protokoll „Körber kann nicht als Nazi bezeichnet werden.“ Für die Koalition der SPD/Grüne/FDP wurde gesagt: „Menschliches Handeln müsse nach den Motiven bewertet werden.“ Die AfD sagte: „Körber war ein Mäzen Bergedorfs und die Körber-Stiftung baute das Haus.“

Helmuth Sturmhoebel, ehemaliger parteiloser Abgeordneter der Bezirksversammlung Bergedorf für die Fraktion Die Linke

Antrag „Benennung von Straßen und öffentlichen Gebäuden“,
Drucksache-Nr.: 21-0646, Petition/Beschluss:

Wir beantragen daher, die Bezirksversammlung möge beschließen:

1. In Bergedorf werden keine neuen Straßen oder öffentliche Gebäude nach Menschen benannt, die Mitglied in der NSDAP waren.
2. Die Bezirksversammlung lehnt die Benennung des neuen Gebäudes nach Kurt A. Körber ab.
3. Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Ersatzbau für das Lichtwarkhaus einen neuen Namen bekommt. Die Bevölkerung soll an der Namensfindung beteiligt werden.
4. Der Bezirksamtsleiter berichtet regelmäßig in den monatlichen Sitzungen der Bezirksversammlung über seine Bemühungen.

Politik und Kultur

Ostermarsch



Seit dem 15. April 1960 finden jährlich Ostermärsche statt, trotzdem steigt die Kriegsgefahr kontinuierlich. Dass die Weltuntergangsuhr von 2020 auf 2021 auf 100 Sekunden vor Mitternacht stehen geblieben ist, vermag uns nicht zu beruhigen. Deshalb rufen wir alle Mitglieder auf, wenn möglich teilzunehmen.

Ostermarsch in Hamburg

Montag, 5. April 2021, 14 Uhr (geplant)

Wer Frieden will, muss abrüsten!

vorab: 13 Uhr, Osterandacht, St. Petri-Kirche, Bei der Petrikirche 2,
anschließend Osterkundgebung: 14 Uhr, Jungfernstieg,

Ostermarsch in Kiel

Auftakt am 3. April 2021 um 11 Uhr auf dem Asmus-Bremer-Platz
anschließend Menschenkette in der Holstenstraße

OSTERMARSCH 2021

**Bremen, Samstag
3. April 2021**

11 UHR HAUPTBAHNHOF

**Demonstration
durch die Innenstadt**

12 UHR MARKTPLATZ

**Kundgebung mit Michael Müller,
Bundesvorsitzender der Naturfreunde**

**Bremer Aufruf zum Ostermarsch 2021
Wer Frieden will, muss abrüsten!**

Wer Frieden will,

- darf nicht Milliarden in Rüstungsprojekte investieren,
- darf nicht Spannungen provozieren und Kriege vorbereiten,
- darf nicht den Abwurf von Atombomben auf Russland üben,
- darf nicht durch Rüstungsexporte und Auslandseinsätze den Tod exportieren!

Statt friedlichem Ausgleich und Diplomatie wird mit Sanktionen und Wirtschaftskriegen wieder Konfrontationspolitik betrieben. Aggressiver Nationalismus nimmt zu. Armut und soziale Ungleichheit zwischen den Völkern werden immer krasser. Die globale Klimakrise bedroht uns alle. Kriege und Naturzerstörung führen zu Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie offenbart, dass die Auszehrung des Gesundheitswesens jetzt Tausenden das Leben kostet.

Statt diese Probleme zu bewältigen, reagiert Deutschland an erster Stelle mit Militärpolitik. Die weltweiten Militärausgaben stiegen 2020 trotz Klimakrise und Pandemie auf unvorstellbare 1.920 Mrd. US-Dollar. Die Rüstungsausgaben allein der USA betrugen 2019 fast das Dreifache der chinesischen und mehr als das Elffache der russischen Ausgaben. Deutschland liegt auf Platz sieben und gibt in 2021 erstmals mehr als 50 Milliarden Euro für das Militär aus. Beim Rüstungsexport erreicht unser Land sogar den skandalösen fünften Rang. Bremen ist bei Rüstungsproduktion und -export eine Hochburg.

Unsere Welt ist auf Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit angewiesen, wenn wir die Erderwärmung begrenzen und globale Gerechtigkeit, dauerhafte Abrüstung und Frieden schaffen wollen. Eine neue Entspannungspolitik ist in gesamt-europäischer Perspektive notwendig, ein friedliches Verhältnis zu Russland und China. Europa kann und muss so zu einem zivilen Friedensprojekt werden.

„Verantwortung übernehmen“ heißt für uns nicht, sich von militärischen Konzepten leiten zu lassen, sondern zivile und diplomatische Wege zu suchen.

Wir wollen:

- Ächtung aller Atomwaffen, Abzug der US-Atombomben aus Büchel und sofortiger Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag;
- Aufgabe des NATO-Ziels, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke auszugeben;
- eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, um ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierte Abrüstung zu erreichen.
- Rüstungsexporte und Militäreinsätze im Ausland müssen beendet werden.
- Autonome Waffensysteme müssen weltweit geächtet werden. Keine Haushaltsgelder für die Entwicklung von Killerdrohnen. Keine bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr.

Abrüsten statt aufrüsten ist das Gebot der Stunde. Dafür demonstrieren wir am Samstag vor Ostern.



Meine Meinung

Antwort an Helmuth Sturmhoebel:

„Die Verteidigung von Despoten kann nicht die Aufgabe von Freidenkern sein“

Was könnte denn die Aufgabe von Freidenkern in Bezug auf Belarus sein? Richtig, ein differenzierteres Bild tut not, und dazu können und sollten wir beitragen. Aber dabei ist meiner Meinung nach die in der Überschrift verwendete Bezeichnung als Despotie nicht gerade hilfreich. Wieviele „zweite Hitlers“, Diktatoren und Despoten hat die westliche Wertegemeinschaft seit 1990 entdeckt, um ihre Länder dann mit dieser Begründung durch brutalste Kriege zu verwüsten? Deshalb plädiere ich für Vorsicht mit solchen Begriffen.

Eine Wahlfälschung wurde zwar behauptet, aber bisher nicht nachgewiesen: Die OSZE, von Lukaschenko zur Wahlbeobachtung eingeladen, hatte abgesagt! Den Vorschlag der Regierung Lukaschenko, die Stimmen neu auszuzählen, lehnte die Opposition ab. Sergei Lebedev, der Leiter der Wahlbeobachtungskommission der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) berichtet, dass „die rechtmäßige ... Wahl in Übereinstimmung mit der Verfassung und dem Wahlgesetzbuch der Republik Belarus durchgeführt wurde.“ schreibt das US Peace Council in seinem Aufruf: STOP MEDDLING IN THE INTERNAL AFFAIRS OF BELARUS!

Die westlichen NGOs, die als Beobachter zugelassen waren, waren in 1250 von ca. 6000 Wahllokalen präsent und dokumentierten die in Anwesenheit von Oppositionellen ausgezählten Stimmen: ca. 62% für Lukaschenko und ca. 30% für Tichanowskaja. Könnte das der Grund für die Ablehnung einer Neuauszählung gewesen sein?

Aber würde selbst eine unsichere Wahlauszählung den Gewinner schon zu einem Despoten machen? Bezeichnen wir Präsident Bush jun. als Despoten?

Die Unschuldsvermutung gilt auch für Lukaschenko!

Macht „die Gewalt gegen die friedlich demonstrierende Bevölkerung“ das Land zu einer Despotie? Bei dem doch ziemlich lächerlichen „Sturm auf den Kongress“ wurden vier Menschen erschossen. Oder wie brutal ging Macron mit den Gelbwesten um? Nennen wir denn auch die USA und Frankreich Despoten?

Wir wissen wenig über Belarus, aber dass es nach der Ausweitung der NATO und der EU nach Osten das natürliche nächste geopolitische Ziel der USA sein würde, deutete sich schon 2004 durch den „Belarus Democracy Act“ an, der offen Anti-Regierungs-NGOs im Land förderte und Kredite an das

Land verbot. Das berühmt-berüchtigte National Endowment for Democracy schuf und finanzierte insgesamt 34 Projekte, um Belarus die Demokratie zu bringen!

Unser Mitglied Prof. Dr. Anton Latzo legt in einem längeren Artikel, in dem er detailliert auf Z. Brzezinskis „Die einzige Weltmacht“ eingeht, die geopolitischen Zusammenhänge und die Ziele der USA dar, wonach „eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent noch heute die Voraussetzung für globale Vormachtstellung“ ist, die die USA ja ganz offen (und völkerrechtswidrig!) anstreben. (<https://deutsch.rt.com/meinung/105945-belarus-hintergrunde-und-tatsachen/>)

Zu welchen Schlüssen auch immer wir kommen, wir sollten uns stets dafür einsetzen, dass unsere Regierung sich an den völkerrechtlichen Grundsatz der souveränen Gleichheit aller Staaten erinnert und sich jeglicher Einmischung enthält. Woher nimmt unser Außenminister in dieser durch die Pandemie finanziell angespannten Lage 21 Mio. Euro, um sie der Opposition in Belarus zur Verfügung zu stellen? Was würde unsere Regierung sagen, wenn Russland oder China verkündeten, dass sie die Reichsbürger mit 21 Mio. Euro unterstützen, weil den Ländern die Idee gefällt, in Deutschland eine verfassunggebende Versammlung abzuhalten? fragt Thomas Röper auf Anti-Spiegel. (<https://www.anti-spiegel.ru/2021/deutschland-finanziert-die-weissrussische-opposition-mit-weiteren-21-millionen-euro/>)

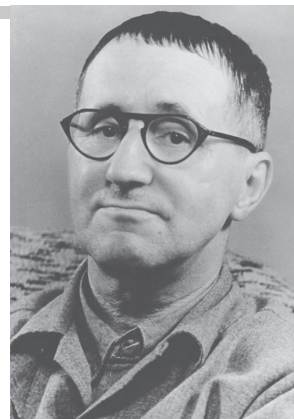
Vorrangig sehe ich unsere Aufgabe als Freidenker aber darin, vor der eigenen Tür zu kehren, wo sich sehr viel Unrat angesammelt hat: völkerrechtswidrige Auslandseinsätze der Bundeswehr, profitbringende und kriegsfördernde Rüstungsexporte in zahlreiche Länder, Beteiligung an Frontex, vor allem die Bevölkerungen treffende Sanktionen gegen Syrien, Kuba, Venezuela, Iran sowie gegen die Ärmsten der Armen im eigenen Land (Hartz IV-Sanktionierung), Gewinnmaximierung selbst im Gesundheitswesen, Ausbeutung vor allem afrikanischer Länder durch sog. Handelsverträge, Verschweigen und Decken der Folter an Julian Assange und der von ihm aufgedeckten Kriegsverbrechen – ich kann gar nicht alles aufzählen. Mich beunruhigt vor allem die Russlandhetze unserer Regierung und ihr Streben nach „mehr Verantwortung“, sprich Teilhabe an der von den USA angestrebten Hegemonie.

Toni Brinkmann

„Es kann in einem Aufruf gegen den Faschismus keine Aufrichtigkeit liegen, wenn die gesellschaftlichen Zustände, die ihn mit Notwendigkeit erzeugen, in ihm nicht angetastet werden. Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern ihn brauchen.“

Bertolt Brecht

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-W0409-300 / Kolbe, Jörg / CC-BY-SA 3.0



Sanktionen töten

Für die Aufhebung der Sanktionen gegen die Menschen in Syrien

Zehn Jahre dauert inzwischen der Syrienkrieg. Teile des Landes sind von Truppen der USA und der Türkei besetzt. Auch die Bundeswehr ist an diesem Krieg beteiligt.

Bisher sind nach Aussagen des Vatikans fast eine Million Menschen dem Krieg zum Opfer gefallen, 200.000 gelten als vermisst und 13 Millionen wurden vertrieben. Immer mehr Menschen leiden unter Hunger, Krankheit und Verelendung.

Die Sanktionen der USA und der EU bringen seit zwei Jahrzehnten unerträgliches Leid über das Land. Entgegen allen Schutzbehauptungen von EU und USA zerstören Wirtschaftssanktionen gezielt und bewusst die Grundlagen der syrischen Gesellschaft. Was nach den Jahren des Krieges von den Bereichen Landwirtschaft, Wasserversorgung und Gesundheit noch geblieben ist, fällt jetzt den Sanktionen zum Opfer. Schon 2018 schrieb Idriss Jazairy, ein Sonderberichterstatter der UN, Syrien sei nicht in der Lage, Medikamente, Geräte, Ersatzteile und Software zu kaufen, weil die internationalen Geschäftspartner Angst vor einem Bruch ihrer Beziehungen mit den westlichen Mächten haben. Das war noch vor dem Auftreten der Corona-Pandemie. Die Zustimmung zu einer Verlängerung der Sanktionen einschließlich des Verbots zur Einfuhr medizinischer Güter erfolgte mitten in der Pandemie.

Ende Januar 2021 haben sich führende Kirchenvertreter aus dem Nahen Osten in Schreiben an den US-Präsidenten Joe Biden, an den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die



deutsche Kanzlerin Angela Merkel und den britischen Premier Boris Johnson gegen die Sanktionen gewandt. Die Patriarchen und Bischöfe verweisen auf den jüngsten Appell der UNO-Berichterstatterin Alena Douhan, wonach die Sanktionen die Menschenrechte der syrischen Bevölkerung verletzen und die ohnehin schon kritische humanitäre Situation vor Ort noch verschärften. Die kollektive Bestrafung führe das Land in eine humanitäre Katastrophe. Notwendige Hilfe, aber auch Investitionen, die für die Wirtschaft und das syrische Gesundheitssystem dringend notwendig wären, würden durch die Sanktionen unmöglich gemacht, so die Kirchenvertreter. Noch vor zehn Jahren sei Syrien die Kornkammer der Region gewesen,

nun drohe eine Hungersnot. Die Hälfte der syrischen Bevölkerung gehe hungrig zu Bett, und die Zukunftsaussichten seien noch schlimmer. Zudem könne die Krise und Katastrophe in Syrien eine neue „Welle der Instabilität im Nahen Osten“ auslösen.

„Sanktionen sind ein Krieg in Zeitlupe“ schrieb im Sommer 2020 das Frankfurter Solidaritätskomitee für Syrien.

Wir fordern von der EU und den USA die sofortige Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien und stattdessen Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes. Von der Bundesregierung fordern wir insbesondere, dass das „Bundeswehrmandat für Syrien“ aufgehoben wird. Jegliche militärische Bedrohung muss ein Ende haben.



Roosje, die Tänzerin von Auschwitz

Ausstellung und Buch kritisch betrachtet

Das Leben der niederländischen jüdischen Auschwitz-Überlebenden Roosje Glaser (1914–2000) stand Ende 2020 im Mittelpunkt einer Wander-Ausstellung in der KZ- Gedenkstätte Esterwegen im Emsland. Grundlage für die Schau war das gleichnamige Buch des Kurators und Roosje-Neffen Paul Glaser.

In den 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts führte sie trotz ständiger faschistischer Verfolgung eine berühmte Tanzschule in Herzogenbusch. Ihr Mann, Mitglied in der niederländischen Nazi-Partei, verriet sie. Roosje wurde über verschiedene Lager nach Auschwitz transportiert. Auch dort begann die als lebenslustig geschilderte Frau wieder zu tanzen und legte sich dadurch den Grundstein für ihr Überleben. Sie überstand sieben KZs. Schon als die Deutschen 1940 ihr Land besetzten, erlebte die 25jährige Roosje mehrfachen Verrat durch niederländische Kollaborateure, mit einem außerordentlichen Lebenswillen und Schlaueit überlebte sie. Sie erteilte sogar den SS-Führern in Auschwitz Tanz- und Benimmunterricht und unterhielt sie mit selbst erdachten Liedern. Ihr Neffe Paul Glaser, Jahrgang 1947, stieß erst 1987 auf die Geschichte seiner Tante. Er besuchte sie in ihrer neuen Heimat Schweden und setzte aus ihren Tagebüchern und Briefen eine Biografie zusammen. Es ist ein authentischer und emotionaler Lebensbericht. Beharrlich versucht er, das Schicksal seiner Tante zu verstehen, in seiner Familie herrschte anscheinend ein Kampf zwischen Erinnern und Vergessen.

Glaser ist ein bekannter Wirtschafts-Manager. Leider musste er wegen Corona auf eine Teilnahme an der Esterwegener Eröffnungsveranstaltung im Herbst verzichten. Die Ausstellung erzählt ihre Lebensgeschichte anhand von Fotos, Filmen, Texten und persönlichen Gegenständen.

Der zweimalige Ausstellungsbesuch hinterließ bei mir wichtige unbeantwortete Fragen, nämlich die nach Roosjes Überlebensstrategien inmitten des Elends. Tanzen und Singen und erzwungene Hilfe bei der Beseitigung der Spuren der Menschenvernichtung? Hunger und Misshandlungen und danach Benimmregeln für Massenmörder?

Da die Ausstellung sehr minimalistisch aufgebaut war, regte sie mich an, das Buch zu lesen: Ich habe es innerhalb weniger Stunden verschlungen. Abwechselnd erzählen Roosje und Paul ihre Geschichten: Roosje ihr ganzes Leben bis zu ihrer letzten Heimat in Schweden, Paul kommentiert und versucht, dem Leser durch Ergänzungen Klarheit zu verschaffen.

„Ich habe aufgeschrieben, was sie erlebt hat ... Es zeigt, was Charakterstärke und Optimismus bewirken können, wenn es hart auf hart kommt“ (S.9).

Der jüdische Glaube wurde in der Familie nicht praktiziert, Roosje emanzipierte sich früh und hatte einige intime Männerfreundschaften, sie heiratete einen Katholiken, der ein fanatischer Nazi war und sie das auch spüren ließ. Bald ging die Be-

ziehung in die Brüche. Die mittlerweile sehr bekannte Roosje hielt aber immer an ihrem Tanzen als Beruf fest, auch illegal auf fremden Dachböden, trotzdem erwähnt sie auffällig oft, dass sie in ihrer Jugend sehr einsam war und keine Freundinnen hatte. In den niederländischen KZs Westerbork und Vught konnte sie als Dolmetscherin arbeiten, da sie die deutsche Sprache beherrschte, auch hier suchte sie sich sofort Intimfreunde. „Was sind die Männer mir gewesen, Romane nur, flüchtig gelesen. Ich hab sie nie ganz haben wollen, außer für ...“ (S.126).

In Vught bekam sie die Nachricht, dass ihre Eltern „die große Reise ins Unbekannte“ angetreten hatten und war völlig verzweifelt. Trotzdem erarbeitete sie mit einigen Frauen Sketche, Witze und Kabarettstücke, die auch nach ihrer Beschreibung erfolgreich aufgeführt wurden. Roosje wurde „Leiterin eines Frauenkabarets, bei dem vierzig Berufskünstlerinnen mitmachten ... mit großem Erfolg“ (S.143).

Welche Grausamkeiten sie umgaben, beschreibt Roosje genau, wertet sie kaum, Paul versucht in seinen Kommentaren zu relativieren. Als sie im September 1942 in Auschwitz ankommt, erlebt sie hautnah die Selektionen, beschreibt aber gleichzeitig den „großen, gut aussehenden Hauptsturmführer“ (S.155). Roosje landet in Block 10 und muss medizinische Experimente über sich ergehen lassen. Block 10 war ein „Bau für Frauen innerhalb des Männerbereichs“ (S.156). „Fast jede hatte sich einen ‚Freund‘ zugelegt ... die Liebe würde mir keiner nehmen können“ (S.157). Makaber wirkt der Abdruck eines „Kapo-Liedes“, das sie komponiert und gesungen hat. Zitate erspare ich mir. Als Roosje nach Birkenau gebracht wurde, beobachtete sie unterwegs die Männer und kam zu der Erkenntnis, dass „je niedriger der Rang, desto dümmer und bössartiger die Bewacher“ (S.162).

In Birkenau beschreibt sie akribisch ihre Tätigkeit, die darin bestand, Häftlinge „zu begleiten...“, wenn es zum ‚Duschen‘ ging“ (S.163). Ihre Schilderungen der sterbenden Mütter mit ihren Kindern sind sehr emotionslos. Da sie Statistiken führen und abliefern muss, entgehen ihr keine Grausamkeiten. Trotzdem zwingt ihr Überlebenswille, so kommentiert ihr Neffe Paul, das Organisieren von Unterhaltungsabenden für die SS-Leute. Später auch „ungeheuerlich, ich unterrichtete die SS-Leute in Auschwitz in Benimmfragen!“ (S.173) Intime Beziehungen werden angedeutet.

Nach vierzehn Monaten müssen die Lager verlassen werden und auch Roosje ist im Treck Richtung Westen. Sie versteht ihre Bewacher nicht mehr und empfiehlt ihnen, „... sich den Russen entgegenzustellen und ihre Heimat ... verteidigen“ (S.183).

Nach vielen Qualen kommt ein Rest des Zuges in Ravensbrück an, Roosje gibt sich als Krankenschwester aus, das be-



wahrt sie vor dem Verhungern. Mit viel Glück und komischen Zufällen kommt sie über Berlin nach Hamburg. Anschließend versucht sie in den Niederlanden, ihre Verräter aufzuspüren und anzuklagen, sie stößt überall auf Ablehnung und Hass.

Paul redet mit einer Amsterdamer Tante, die erzählte, dass während der deutschen Besetzung „keine Regierung... helfend eingriff, niemand interessierte sich für uns“ (S.200). Paul kommentiert sehr gefühlvoll, „ich hatte immer geglaubt, dass es im Krieg viel Widerstand gab...“; Niederländer hatten „regelrechte Treibjagden auf die Juden veranstaltet... Es hatte weit mehr Verrat als Widerstand gegeben“ (S.201f.)

Über Umwege kam Roosje nach Schweden, „die Schweden haben mich befreit, nicht die Niederländer“ (S.212), schreibt sie und „die Niederlande waren nicht mehr meine Heimat“ (dto.). In einem Tanzlokal lernte sie einen Schweden kennen, den sie noch 1945 heiratete.

„Mit ihm begann mein neues Leben in Schweden“ (S.222). Die Freude dauerte nicht lange, ihr Ehemann litt unter Depressionen und starb bald an Alkoholismus. Roosje bekam nach vielen Jahren Besuch von Paul, dem sie nach langem Zögern und Beklagen über die „verschwiegene“ Verwandtschaft ihre Lebensgeschichte erzählte.

Soweit Roosjes Erinnerungen, bearbeitet vom Neffen. Beide Erzählstile unterscheiden sich kaum, was an der Übersetzung aus dem Niederländischen liegen mag.

Paul Glaser gründete eine Foundation, die sich anhand von Roosjes Leben der Aufklärung über Menschliches und Unmenschliches widmet. Seine feinfühligte Rechtfertigungs- und Einordnungsversuche wirken manchmal hölzern, wobei Roosje am Ende ihrer Aufzeichnungen viel von Moral schreibt und philosophiert. Sie erlebte „immer wieder Phasen, in de-

nen mich Erinnerungen quälten“ (S.230). Sie fragt nach der Anwesenheit eines Gottes bei den „Sterbenden in den Gaskammern“ und den Polinnen, die „vor unseren Augen gehängt wurden“ (S.231). Deshalb „glaubte ich weder an Gott noch an irgendeine Obrigkeit.

So blieben mir nur noch die Menschen“ (S.231). Ja, sie schreibt „nur“! Ist das nun Demut oder Verdrängung?

Roosjes letzte Lebensjahre waren von Hass geprägt gegenüber ihrer niederländischen Verwandtschaft und den vielen Bekannten. Diese hatten sie nach dem Krieg als Besatzerhure und Flittchen gescholten und ihr wahrscheinlich auch nicht die Gulden gegönnt, die sie als Entschädigung für das Tragen des Davidsterns und das Erdulden der medizinischen Versuche in Auschwitz erhielt.

„Die Tänzerin von Auschwitz“ ist ein lesenswertes Buch, das auch ohne die Ausstellung voll verständlich ist. Manchmal erinnern mich Sequenzen an die Antifaschistin Esther Bejarano, sie hat Auschwitz überlebt, indem sie dort Musik machen musste. Ich möchte sie keineswegs mit Roosje auf eine moralische Stufe stellen noch möchte ich werten.

Beide Lebensschicksale sollten als Lehrstücke für diejenigen dienen, die den „Holocaust“ verniedlichen oder zu verdrängen versuchen.

Berend Buscher

Zur Information:

Ausstellung **Die Tänzerin von Auschwitz**, zur Zeit als Wanderausstellung
Paul Glaser, **Die Tänzerin von Auschwitz**, Berlin 2018 (dort Zitate entnommen)
Roosje-Glaser-Foundation (auch auf Deutsch im Internet)

Aus anderen Verbänden:

SÄKULARES FORUM HAMBURG e.V. – Vereinigung der Konfessionsfreien

Auf der Homepage lesen wir folgende Information:

„RUfa 2.0 Religionsunterricht für alle

Unsere Arbeitsgruppe hat sich seit dem Sommer ausführlich mit dem Projekt RUfa 2.0 (Religionsunterricht für alle) für die Klassen 1 bis 6 auseinandergesetzt. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass versucht wird, auch die rund 60% der Kinder, deren Eltern keiner Kirche mehr angehören, in den Religionsunterricht „zu locken“. Und das während jährlich Hunderttausende die Kirchen verlassen. Dies umso mehr, als dass die Kirche verfügt hat, dass zukünftig nur Lehrerinnen und Lehrer mit einer Beauftragung durch die Kirche unterrichten dürfen und der Kirche angehören müssen.

Zu bemängeln ist, dass die Eltern kaum darauf hingewiesen werden, dass nach Art. 7 (2) GG die Eltern über die Teilnahme am Religionsunterricht entscheiden. Viele Schulen setzen voraus, dass alle Kinder am RUfa 2.0 teilnehmen. Ein Hinweis auf den Absatz 2 Art. 7 GG würde nur Komplikationen inhaltlicher und organisatorischer Art (Stundenplan) bedeuten.

Hamburg bietet auch keinen Alternativunterricht (z. B. Philosophie) an, wie es fast alle Bundesländer tun – selbst Bayern!

Diesen gibt es erst ab Klasse 7; warum nur?

Wenn Sie diese Politik der Vereinnahmung nicht möchten, melden Sie ihr Kind vom Religionsunterricht ab. Die Schulen sind verpflichtet, eine angemessene Beschäftigung und Aufsicht zu garantieren.

Unsere Arbeitsergebnisse haben wir in unserer Broschüre zusammengefasst, die Sie herunterladen www.sf-hh.org/web/projekte/ oder bei info@sf-hh.org abfordern können.“

In der Broschüre befindet sich auch eine Petition, die unterschrieben werden kann.

In der **Hamburger Lehrerzeitung – Zeitschrift der GEW Hamburg**, erschien im Dezember 2020 ein kritischer Artikel zum Religionsunterricht von Gerhard Lein. In der Ausgabe vom Januar 2021 wurde nun ausführlich dazu geantwortet unter der Überschrift „Wollen wir die Spaltung? Der Religionsunterricht wurde in der Dezemberausgabe der hlz in unverdienter Weise in ein schlechtes Licht gerückt“ Alle Artikel sind hier nachzulesen: www.gew-hamburg.de/veroeffentlichungen/hlz-mitgliederzeitung.



Der DFV im Internet: www.dfv-nord.de oder www.freidenker.de

Der Bezug des Rundbriefs ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro.

Für Nichtmitglieder kann der Rundbrief in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Rundbrief

Herausgeber: Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Antonie Brinkmann (V.i.S.d.P.)

Gneisenaustraße 107, 28215 Bremen

Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der jeweilige Autor verantwortlich

Redaktionsschluss: für die Ausgabe 2-2021: 30. Juni 2021

Konto für Beiträge und Spenden: DFV-Landesverband Nord e.V.

IBAN: DE54 2001 0020 0108 3592 07, BIC PBNKDEFF,

Postbank Hamburg

Layout: Tom Brenner / CommPress Verlag GmbH, Essen

Hinweise auf Kontakte von befreundeten Organisationen

Stadtteiltreff AGDAZ

Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit e.V., Gropiusring 43a, 22309 Hamburg, Tel. 040/6301028
info@agdaz.de und www.agdaz.de

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Klapperhof 1, 21033 Hamburg, Tel. 040/7245545

VVN/BdA Hamburg

Infos zu Veranstaltungen aller Art unter Tel. 040 314254

VVN/BdA Kiel

Infos zum Programm über vvn-bda-kiel@gmx.de

VVN/BdA Bremen

Tel. 0421 382914

Ulrich Fritsche, **unsereweltclub**, Postfach 730510,
22125 Hamburg, E-Mail: unsereweltclub@gmail.com

Wohn- und Ferienheim „Heideruh e.V.“

Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.Nordheide, OT Seppensen
Tel. 04181 8726, Mail: info@heideruh.de
Mehr Infos unter www.heideruh.de

Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ e.V.

Ernst-Thälmann-Platz/Tarpenbekstr. 66, 20251 Hamburg-Eppendorf
Tel. 040 474184, www.thaelmann-gedenkstaette.de

Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V.

Ratsmühlendamm 24, 22335 Hamburg
E-Mail: willi-bredel-gesellschaft@t-online.de

**Da coronabedingt keine oder sehr eingeschränkt öffentliche
Veranstaltungen stattfinden, entfallen Veranstaltungshinweise.**

Hinweise auf Kontakte und Veranstaltungen von befreundeten Organisationen im Jahr bitte direkt bei den Organisationen anfragen. Aufgrund der Corona-Pandemie ist alles offen.